



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/8759, 19/9547

Sektorengrenzen überwinden: Bayerisches Modellprojekt für eine regionale, sektorenverbindende Versorgungsplanung

Der Landtag stellt fest:

Sektorenverbindende Versorgungsplanung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Alle Player sollten in die Planung einbezogen werden und deshalb auch eine Beteiligungsmöglichkeit erhalten. Voraussetzung aber ist, dass dem Planungsgremium eine verlässliche Datengrundlage für realitätsnahe Planungen zur Verfügung steht.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Daten, die für eine sektorenverbindende Versorgungsplanung nötig sind, vorgelegt und die erforderlichen Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, nach Schaffung dieser Grundlagen gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren der Selbstverwaltung im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel ein Modellprojekt in ein oder zwei Modellregionen zur sektorenverbindenden Versorgungsplanung aufzulegen. Die Ausgestaltung des Modellprojekts soll mit den Akteuren der medizinisch ambulanten, stationären, pflegerischen, notärztlichen, rettungsdienstlichen und rehabilitativen Versorgung einer Region erfolgen.

- Dabei soll die Koordinierung und Vernetzung für die stationäre Versorgung ein Schwerpunkt- und/oder Maximalversorger übernehmen.
- Für die ambulante Notfallversorgung soll eine KVB-Bereitschaftspraxis (KVB = Kassenärztliche Vereinigung Bayerns), für den Ausbau ambulanter Versorgungsstrukturen ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) eingebunden werden.

Eine wissenschaftliche Evaluierung soll dieses Modellprojekt begleiten und auswerten. Es soll durch bedarfsbezogene Gesundheitsangebote und praxisorientierte Versorgungsforschung ergänzt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident